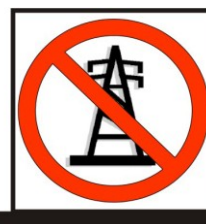




Bürgerinitiative

Bockenem
Seesen

Der Ambergau wehrt sich!



Pressemitteilung

Entgegen politischen Zusagen, kein Erdkabel in Sicht!

Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze tagte der aus Vertretern des BMU, der E.ON Netz Nachfolgegesellschaft Transpower, Kommunen und Bürgerinitiativen bestehende Arbeitskreis Trasse in Seesen um die Auswirkungen auf die geplante Höchstspannungstrasse Wahle-Mecklar zu erörtern.

Allgemein bedauert wurde, dass aus terminlichen Gründen die Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums und der Bundesnetzagentur nicht teilnehmen konnten. Enttäuscht waren die Bürgerinitiativen über die Absage der Landesregierung, trotz der anlässlich des Bockenemer Hansetages gegebenen Zusage von Ministerpräsident Wulff. Immerhin war die Genehmigungsbehörde in Person von Herrn Piegsa vor Ort.

In einem Eingangsreferat hat Herr Paschedag aus dem Umweltministerium die Ziele des EnLAG und seine Regelungen aus Sicht des BMU dargestellt. Der Netzausbau sei aufgrund der an der Küste entstehenden Gas- u. Kohlekraftwerke, den Offshore Windanlagen und dem wachsenden Stromhandel erforderlich. Um die zum Teil mehr als 10 Jahre dauernden Genehmigungsverfahren zu beschleunigen ist im EnLAG ein Bedarfsplan für den Bau neuer Trassen enthalten, der für die Länder verbindlich ist. Daneben werden 4 Pilottrassen, darunter Wahle-Mecklar, benannt, bei denen eine Teilerdverkabelung mit entsprechender Umlage der Mehrkosten erfolgen kann. Weiterhin wird der Klageweg auf 1 Instanz verkürzt.

Laut Herrn Paschedag bietet die ebenfalls erfolgte Änderung der Anreizregulierung den Netzbetreibern die Möglichkeit, für Pilotprojekte eine HGÜ-Erdkabeltrasse zu beantragen.

Seitens der Transpower wurde dies mit Hinweis auf die im Gesetz enthaltene Kann-Regelung und die schwammigen Formulierungen in der Anreizregulierung jedoch in Frage gestellt. Es wurde deutlich gemacht, dass man Anfang Oktober mit Trassenplanungen für Freileitungen in das Raumordnungsverfahren gehen wird!

Dem wurde von Herrn Piegsa entgegen gehalten, dass das Land Niedersachsen über sein Landesraumordnungsprogramm bei Unterschreitung der Mindestabstände zur Wohnbebauung von 400 bzw. 200 Metern auf Teilerdverkabelung bestehen wird.

Die Sitzung hat deutlich gemacht, dass die Befürchtungen der BI'en hinsichtlich des EnLAG mehr als begründet waren. Im Gesetz verbergen sich nur politische Kompromisse die allen Betroffenen nicht gerecht werden.

Abschließend waren sich alle Teilnehmer darüber einig, dass es zwingend erforderlich ist, bei der nächsten Sitzung das BMWI und die BNetz Agentur mit am Tisch zu haben um deren Interpretation des Gesetzes in Erfahrung zu bringen.

Frank Ebbighausen
BI –Der Ambergau wehrt sich-

Bürgerinitiative „Der Ambergau wehrt sich!“

E-Mail: 380kv-ambergau@gmx.de

Sprecher Bockenem

Rainer Block
Ellen Gaus

Jürgen Seitz

Sprecher Seesen

Frank Hesse
Bernd Theuser